GENDER OPEN REPOSITORIUM

Identitäre Schwule und bedrohliche Queers : Zum Verhältnis von Homonationalismus und Anti-/G /enderismus im Nationalkonservatismus

Wielowiejski, Patrick

2018

https://doi.org/10.25595/1969

Veröffentlichungsversion / published version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Wielowiejski, Patrick: *Identitäre Schwule und bedrohliche Queers : Zum Verhältnis von Homonationalismus und Anti-/G /enderismus im Nationalkonservatismus*, in: Feministische Studien, Jg. 36 (2018) Nr: 2, 347-356. DOI: https://doi.org/10.25595 /1969.

Erstmalig hier erschienen / Initial publication here: https://doi.org/10.1515/fs-2018-0037

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY 4.0 Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu dieser Lizenz finden Sie hier:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de

Terms of use:

This document is made available under a CC BY 4.0 License (Attribution). For more information see:

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en

GenderOpen – Repositorium für die Geschlechterforschung: www.genderopen.de

FREIE UNIVERSITÄT BERLIN

HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN

Patrick Wielowiejski

Identitäre Schwule und bedrohliche Queers

Zum Verhältnis von Homonationalismus und Anti-/G/enderismus im Nationalkonservatismus[1]

In einer Gesellschaft, in der liberale Werte wie Gleichheit und Freiheit von Diskriminierung als normative Grundlage des Zusammenlebens gelten, ist öffentlich ausgesprochene Homofeindlichkeit verpönt. Eine Partei oder eine Bewegung, die politisch erfolgreich sein möchte, wird es daher vermeiden wollen, als homofeindlich wahrgenommen zu werden, mehr noch: sie will als homo*freundlich* erscheinen. Rechtspopulistische, neurechte und nationalkonservative Parteien und Bewegungen haben damit ein Problem: Ihnen haftet das Image des ›Homophoben‹ an.

Ich forsche ethnografisch und diskursanalytisch zu der Frage, wie im heutigen Rechtspopulismus und Nationalkonservatismus in Deutschland Homosexualität verhandelt und in national eingefärbte Selbstbilder eingebunden wird. Dabei ergibt sich ein scheinbar widersprüchlicher Befund: Im Namen eines Kampfes gegen sogenannten »Gender-Wahn« wird die Ausweitung der Rechte sexueller Minderheiten kritisiert und Maßnahmen zur Akzeptanz geschlechtlicher und sexueller Vielfalt werden abgelehnt. Gleichzeitig wird ›Toleranz‹ gegenüber Homosexuellen als nationaler Wert gegenüber einem ›intoleranten Islam‹ in Stellung gebracht. Ich möchte im Folgenden jedoch auf der Grundlage meines Materials die Frage aufwerfen, ob sich die Ablehnung von /G/ender[2] und die nationalkonservative Integration von Homosexualität wirklich widersprechen. Vielmehr schei-

1 Ich danke Leoni Linek und Aline Oloff für ihre hilfreichen Kommentare zu früheren Versionen dieses Artikels.

2 Die verfremdete Schreibweise /G/ender soll markieren, dass es sich um ein Konzept handelt, dass in ›anti-/g/enderistischen‹ Kreisen ein Eigenleben entwickelt hat: Es hat nur noch relativ wenig mit dem Begriff *Gender* zu tun, wie er etwa in den Gender Studies verwendet wird. Ich halte /G/ender nicht für eine Fehlinterpretation des analytischen Konzepts Gender, sondern für eine Reartikulation, durch die der politische Gegner diffamiert und der Diskurs beeinflusst werden soll. Dieser konzeptuelle Unterschied wird durch die Verfremdung sichtbar, aber auch hörbar: Meine Informant*innen sprechen das Wort konsequent deutsch mit /g/ im Anlaut aus. Die Schrägstriche sind angelehnt an die linguistische Konvention zur Schreibung von Phonemen, d. h. bedeutungsunterscheidenden Lauten. Für eine Kritik der Begriffe »Genderismus« und »Anti-Genderismus« als analytische Kategorien vgl. Scheele 2016.

nen beide Diskursstränge zwei Seiten derselben Medaille namens ›Identität‹ zu sein. Was sie vereint, ist die Befürchtung, Identität werde bedroht: einerseits die geschlechtliche, andererseits die national-kulturelle Identität. Damit verbunden ist auch die Frage, wie unser analytisches Instrumentarium zu den besprochenen Phänomenen – Anti-Genderismus (Hark / Villa 2015) und Homonationalismus (Puar 2007, 2013) – zusammengedacht werden kann oder ob es neuer Konzepte bedarf.

Stützen möchte ich meine Überlegungen mit einer Reihe von ethnografischen Beobachtungen und Interviews, die ich seit Anfang 2017 durchführe, sowie mit Ausschnitten aus Wahlprogrammen und Parlamentsreden der *Alternative für Deutschland* (AfD).

In meinem Beitrag wird zunächst das empirische Material zur Sprache kommen: erstens in Bezug auf den Diskursstrang Anti-/G/enderismus, zweitens in Bezug auf Homonationalismus. Daran anschließend werde ich in einem Resümee die Gemeinsamkeiten beider Diskursstränge herausarbeiten und versuchen eine vorläufige Antwort auf die Frage zu formulieren, wieso aus der Sicht von Nationalkonservativen die Ablehnung von /G/ender nichts mit Homofeindlichkeit zu tun hat.

Diskursstrang 1: Nicht gegen Homosexuelle, sondern gegen /G/ender

Dezember 2016, ich befinde mich im Haus einer als rechtsradikal bekannten Burschenschaft bei einem Kennenlerntreffen der *Jungen Alternative* (JA, Jugendorganisation der AfD). Ich bin das erste Mal ›im Feld‹, hatte bisher nur schriftlichen Kontakt mit AfD-Politikern. An der Wand hängen verblichene Fotos der vorangegangenen Generationen von Burschenschaftern, ein Porträt von Friedrich II. und ein großes Poster von *Windhoek Bier* mit Reiterstandbild. Über der Theke prangt das Original-Straßenschild der im Jahr 1997 in Flatowallee umbenannten Reichssportfeldstraße. Im Hintergrund läuft Musik der *Dropkick Murphys*. Wir trinken Bier. Auf die Frage, worum es denn in meiner Forschung genau gehe, antworte ich relativ allgemein: »Mich interessiert, wie in rechten Parteien über Toleranz und westliche Werte gesprochen wird.« »Westliche Werte«, entgegnet mein Gegenüber, »das ist eine Schimäre, so etwas gibt es überhaupt nicht.« Und europäische Werte? »Das schon eher, es gibt schon so etwas wie eine europäische Verbundenheit, europäische Traditionen.« Im Laufe des Abends rede ich noch mit Igor* und Julia (die einzige Frau in der Runde), es geht um das Thema soziale Gerechtigkeit, dem man sich an-

scheinend verpflichtet fühlt. Julia sagt, für sie sei Die Linke deswegen unwählbar, weil die so »auf Multikulti« mache. Igor ergänzt, dass Die Linke auch für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften sei, das ginge auch nicht. Ich gebe mich etwas verwundert: »Aber gegen gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften seid ihr ja eigentlich nicht, oder?« »Nun ja, jeder soll so leben können, wie es ihm gefällt«, antwortet Julia. »Die AfD ist gar nicht homophob, aber worum es uns geht, ist, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften nicht bevorzugt behandelt werden sollen, nicht herausgehoben werden sollen, und das gesellschaftliche Leitbild soll die Verbindung von Mann und Frau sein.« Eine weitere Person schaltet sich in das Gespräch ein, Noah, der für einen Abgeordneten arbeitet: »Es gibt in der Partei auch erstaunlich viele schwule Männer in leitenden Funktionen. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion im Abgeordnetenhaus ist offen schwul«; ich hake ein: »Frank-Christian Hansel, oder?« Noah: »Ja, genau! Der ist auch total korrekt. Und auch einer der beiden Vorsitzenden der JA, Sven Tritschler«, daraufhin Julia: »Und auch Alice Weidel, die im Vorstand der Partei ist, die ist lesbisch.«

Gespräche wie dieses sind typisch in der AfD. Argumentiert wird nicht offen homofeindlich, sondern heteronormativ: Homosexuelle sind schon okay, so lange sie nicht auf einer Stufe mit heterosexuellen Beziehungen stehen wollen. Mein Informant Johannes, Ende 20 und schwul, berichtete mir, dass er Bedenken hatte in die AfD einzutreten und sich vorher im Vertrauen bei seinem Kreisvorsitzenden darüber informiert hatte, ob man als Schwuler in der AfD sein kann. Der habe ihm gesagt: »Das ist schon okay, wenn du's nicht gleich allen unter die Nase reibst«, womit Johannes ganz gut leben kann. Es handelt sich dabei um Toleranz im wörtlichen Sinne: Duldung. Homosexuelle werden nicht per se abgelehnt, aber sie sollen die Ausnahme bleiben. Natürlich ist diese Heteronormativität nicht weniger kritikwürdig als offen ausgesprochene Homofeindlichkeit, aber dennoch stellt sich die Frage: Wo sind eigentlich die ›Perversen‹, ›Kranken‹ und ›Sünder‹ geblieben, die Leitfiguren homofeindlicher Diskurse? Immerhin gelten Homosexuelle gerade im Nationalismus als potenziell illoyal, weil sie verdächtigt werden die patriarchale Ordnung und das zentrale Projekt der Reproduktion der Nation zu unterwandern (Nagel 2003, 163).

In einer auf YouTube abrufbaren Rede des Thüringer Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke bei der JA in Stuttgart (Höcke 2014, ab 00:41:14) spricht dieser über »einen alten Freund«, »ein begabter Künstler«, der homosexuell sei und der ihm erzählt habe, »dass bei homosexuellen Men-

* Alle Namen geändert, Beschreibungen basierend auf Feldnotizen teilweise verfremdet.

schen die Sexualität zentral ist und im Vordergrund steht«. Sexualität sei etwas Wunderbares und gehöre »zu einer Synthese von Mann und Frau zweifellos dazu«; doch bei der »Polarität« von Mann und Frau gehe es noch um etwas anderes und zwar um die »ewigen Prinzipien« des Lebens selbst. Diesen »Geist« wolle er »in die AfD hineintragen« und er verspricht: »Wir werden diese Geisteskrankheit namens /G/ender Mainstream aus unseren Schulen und Universitäten vertreiben.« Auffällig ist hier insbesondere die Art und Weise, in der eine Verbindung zwischen Homosexualität und /G/ender zugleich hergestellt und negiert wird: Während einerseits der Homosexualität ein legitimer Platz zugewiesen wird (nicht zufällig im Bereich der Kunst), wird andererseits implizit für »geisteskrank« erklärt, wer die Gleichheit von Hetero und Homo behauptet. Der Vorwurf der »Geisteskrankheit« bleibt derselbe, aber er bezieht sich nicht mehr auf Homosexualität als solche, sondern auf den neuen Feind /G/ender. Was alles hinter diesem Begriff steckt, möchte ich anhand eines Interviewauszugs andeuten.

Mein Interviewpartner, AfD-Landtagsabgeordneter und selbst schwuler Cis-Mann, spricht im folgenden Auszug über einen Landes-Aktionsplan für die Rechte von LGBTI. Er leitet damit ein, dass es gesellschaftlich wie in der AfD grundsätzlich unumstritten sei, dass die rechtliche Situation von Lesben und Schwulen, Trans*Personen und Intersexuellen (er verwendet den Begriff »intersexuelle Selbstbestimmung«) verbessert werden kann. Ich wende daraufhin ein, dass die AfD aber doch sehr ablehnend auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts reagiert habe, dass die Bundesregierung einen dritten Geschlechtseintrag schaffen müsse. Er erklärt:

> *Das dritte Geschlecht ist indiskutabel, weil es nur zwei Geschlechter gibt. Die Leute verstehen doch nicht und unsere Wähler auch nicht, warum, also mit 14 entscheiden sich ja diese Leute und im Grunde ist Intersexualität ja genauso wie alles andere oder vor allem die Transsexualität, wo es ja geradezu noch deutlicher ist, ist ja gerade keine Idee, für uns jedenfalls nicht, von /G/ender. Sondern es ist eine eindeutige Entscheidung für Mann oder Frau. Und bei den Transsexuellen ist es ja geradezu noch klarer, ja, da ist es ja sogar eine Entscheidung für Mann oder Frau gegen das biologische Sein. Mit anderen Worten, wo dann die /G/ender-Leute gerade ja sagen: »Na, da habt ihr es doch in der AfD, was regt ihr euch denn auf?« – Nein! Das ist ein Missverständnis. Wir regen uns nicht darüber auf über die Transsexuellen, sondern wir regen uns über /G/ender auf, die das Wort im Munde verdrehen A, und zweitens eine falsche, eine völlig absurde Einschätzung von Transsexuellen haben.*

> *Wir glauben nicht, dass das /G/ender ist, nur weil die gegen das biologische Geschlecht wissen, etwas anderes zu sein. Sondern gerade dieses Wissen, dass man eine Frau im männlichen Körper ist oder umgekehrt, beweist doch gerade, dass es nur diese zwei Geschlechter gibt, und die Identität von Transsexuellen ist ja geradezu dermaßen klar, also dermaßen überschüssig klar gewissermaßen, dass so eine Verquickung mit verschiedenen Sachen, wie sie dann eben in diesem Aktionsplan stehen, uns nicht klar ist. Und mit Schwulen und Lesben ist es ja geradezu noch absurder, das betrifft ja sicher die größte Gruppe von diesen ganzen (lacht) Abnormitäten, das ist ja dann halt auch eine doppelte Entscheidung fürs Männlichsein, also als Mann einen Mann zu lieben.*

Das Wort /G/ender, das hier an prominenter Stelle auftaucht, ist offensichtlich eine Chiffre für eine ganze Reihe von Dingen, die abgelehnt werden (vgl. Grzebalska et al. 2017). Intersexualität und Trans*Geschlechtlichkeit würden nicht als solche abgelehnt,[3] das sei ein Missverständnis; denn sie seien an sich »keine Idee von /G/ender«, sondern »eine eindeutige Entscheidung für Mann oder Frau«. Die Identität von Trans*Personen sei »überschüssig klar gewissermaßen«, bei Schwulen sei es im Grunde auch so: »eine doppelte Entscheidung fürs Männlichsein«, mit anderen Worten: eine noch deutlichere Affirmation von zweigeschlechtlicher Identität als Cisgeschlechtlichkeit bzw. Heterosexualität. Deswegen sei die Einschätzung der »/G/ender-Leute« über Homo- und Intersexualität sowie Trans*Geschlechtlichkeit »absurd«, weil diese glaubten, »dass das /G/ender ist«. Als Schwuler fühlt er sich davon angegriffen, dass seine Identität mit Dingen wie /G/ender »verquickt« werde.

/G/ender steht hier nicht etwa für das soziale Geschlecht, sondern für geschlechtliche Uneindeutigkeit, für die Annahme, Geschlecht sei ein Konstrukt, für *undoing gender*, für die Dekonstruktion von Binaritäten, für den Zweifel an biologischem Determinismus und für Lebensweisen jenseits der Zweigeschlechtlichkeit. Nicht Homosexualität, (binär verortete) Trans*Geschlechtlichkeit oder Intersexualität bedrohen demnach die Stabilität geschlechtlicher Identitäten, sondern /G/ender.

[3] Identitätskonzepte, die die Zweigeschlechtlichkeit als solche transzendieren und damit den Konstruktionscharakter von Geschlecht hervorheben (etwa gender_queer oder nicht-binär) oder inklusivere Kategorien wie trans* werden sehr wohl abgelehnt. Aufgrund der pathologisierenden Funktion der Kategorie Transsexualität verwende ich stattdessen Begriffe und Schreibweisen, die in aktivistischen Zusammenhängen geprägt wurden (vgl. auch Kleiner / Scheunemann 2016). Mein Interviewpartner spricht jedoch ausschließlich von »Transsexualität« und meint damit die klassische Vorstellung einer Transition vom einen Geschlecht zum anderen, also binär verortete Trans*Geschlechtlichkeit.

Diskursstrang 2: Homosexuelle vor dem Islam schützen

Der erste Diskursstrang stellt für die AfD eine »offene Flanke« dar, wie es ein heterosexueller Gast bei einem Treffen der AfD-Homosexuellengruppe formulierte: Es gelingt der AfD nicht, für die Öffentlichkeit glaubwürdig darzulegen, dass ›Anti-/G/ender‹ nichts mit Homofeindlichkeit zu tun hat. Demgegenüber ist der zweite Diskursstrang weniger defensiv; in ihm wird offensiv für den Schutz Homosexueller Position bezogen. Thematisiert werden homofeindliche Übergriffe jedoch ausschließlich als von Geflüchteten, Muslimen und Arabern (bzw. als solchen wahrgenommenen Personen) ausgeübte Gewalt. So beispielsweise während einer Debatte im nordrhein-westfälischen Landtag über die Rehabilitierung und Entschädigung homosexueller Justizopfer. Sven Tritschler, zu dem Zeitpunkt Bundesvorsitzender der JA und selbst homosexuell, spricht sich im Namen der AfD für die Rehabilitierung aus, ergänzt aber:

> *Wenn das erledigt ist, können Sie sich ja jetzt um das Leben der Homosexuellen kümmern, die nicht schon tot sind, und die gerne noch ein bisschen weiterleben möchten. Diese Menschen setzen Sie mit Ihrer völlig fehlgeleiteten Migrations- und Integrationspolitik nämlich Gefahren aus, die eine Verurteilung nach § 175 StGB geradezu harmlos erscheinen lassen. / (Beifall von der AfD) / Ihre Symbolpolitik hilft dem schwulen Paar nämlich nicht, das abends von einer Horde Flüchtlinge zu Brei geschlagen wird, weil es sich nicht der Idealvorstellung ihres Mullahs anpassen möchte. Und Ihre Symbolpolitik hilft auch nicht dem homosexuellen Schüler, der von seinen zugereisten Mitschülern gemobbt wird* (Landtag Nordrhein-Westfalen 2017, 71).

Wahrhaft homofreundliche Politik, so impliziert Tritschler, ist strenge Migrations- und Asylpolitik. Alles andere sei bloß »Symbolpolitik«. Ein typisches, zur Hyperbel neigendes Motiv dieses Diskursstrangs: Homofeindlichkeit »unter (weißen nicht-muslimischen) Deutschen« sei vorbei oder spiele eine marginale Rolle, das viel größere Problem sei »importierte« Homofeindlichkeit, die sogar die staatliche Diskriminierung vorheriger Jahrzehnte in den Schatten stelle.

Ähnlich sind auch meine Erfahrungen mit dem oben bereits erwähnten Johannes, den ich bei einem mehrtägigen Treffen der *Alternativen Homosexuellen* (AHO) im Fichtelgebirge kennenlernte. Die AHO ist eine kleine Gruppe von schwulen (und einzelnen lesbischen und trans*geschlechtlichen) AfD- und JA-Mitgliedern, die ich seit Anfang 2017 ethnografisch begleite. Während sich die meisten von ihnen zur nationalkonservativen Patriotischen Plattform innerhalb der AfD bekennen,

bezeichnet sich Johannes als »liberalkonservativ«. Er ist Ende 20 und studiert Verwaltungswissenschaften in einer mittelgroßen Stadt im Südwesten. Als wir uns kennenlernen, ist er das erste Mal bei der Gruppe dabei, er hatte eines der Mitglieder auf einer schwulen Datingplattform kennengelernt. Dennoch hat er keine Scheu davor, anderen in der Diskussion »nationalistische Kackscheiße« und »völkisches Vokabular« vorzuwerfen; die anderen wiederum verspotten ihn als »Liberalen«. Am dritten Tag sitzen wir zusammen im Auto und unterhalten uns. Johannes erzählt, dass es ihn irritiere, dass die AHO so rechtsnational sei. Für ihn sei die AfD nicht unbedingt die beste politische Lösung, sondern ein notwendiges Korrektiv im politischen System. Als »militanter Schwuler« sehe er in der AfD die stärkste Waffe gegen einen reaktionären Islam, durch den er seinen liberalen Lebensstil als bedroht empfindet. Dass gerade die Linken, die für diesen Lebensstil gekämpft hätten, das nicht sehen könnten, das könne er am wenigsten verstehen.

Auffälligstes Merkmal dieses Diskursstrangs ist die Ablehnung von Muslim*innen (bzw. als solchen wahrgenommenen Menschen) und insbesondere des Islam, der (nur) als »politische Ideologie« verstanden wird. Betont wird die Unvereinbarkeit des Islam mit den liberalen Werten des Westens. Die Vereinnahmung liberaler westlicher Werte im Dienste imperialer und exkludierender nationaler Politiken wird seit einiger Zeit unter Stichworten wie Homonationalismus (Puar 2007, 2013), *sexual nationalism* (Mepschen et al. 2010), *queer necropolitics* (Haritaworn et al. 2014) und Femonationalismus (Farris 2017) diskutiert. Es handelt sich bei diesen Phänomenen um wirkmächtige Narrative, in denen Frauen- und LGBT-Rechte ins Feld geführt werden, um den ›Krieg gegen den Terror‹ oder die Abschottung der ›Festung Europa‹ zu legitimieren. Der hier beschriebene zweite Diskursstrang funktioniert auf der Grundlage dieser Narrative.

Offene Grenzen, offenes /G/ender: Angst vor Identitätsverlust als gemeinsamer Nenner

Es stellt sich nun die Frage, ob die Gleichzeitigkeit von Anti-/G/enderismus und Homonationalismus so widersprüchlich ist, wie sie scheint. Im ersten Diskursstrang wird Homosexuellen immer noch der Platz des Anderen zugeschrieben; sie werden zwar geduldet, aber in Bezug auf die Institutionen Ehe und Familie wird ihnen Gleichberechtigung verweigert. Der liberale Wert der Gleichheit wird hier verworfen, allenfalls Gleichwertigkeit behauptet (weswegen sich hier keinesfalls von Homona-

tionalismus sprechen lässt). Der zweite Diskursstrang setzt die Gleichheit von Hetero und Homo hingegen als Grundpfeiler europäischer Identität gegenüber einem als vormodern und unzivilisiert imaginierten ›Orient‹ voraus.

Meine These lautet, dass diese Diskursstränge zusammengehalten werden von einem gemeinsamen Bedrohungsszenario: stabile, eindeutige, ursprüngliche Identitäten erscheinen als gefährdet. Im einen Fall geht es dabei um die zweigeschlechtliche, im anderen um die nationale Ordnung. Das Stichwort ›Identität‹ ist allgegenwärtig im nationalkonservativen Diskurs – sichtbarstes Beispiel dafür ist wohl die *Identitäre Bewegung* (Goetz et al. 2017). Identität ist dabei zunächst als nationale, ethnische oder kulturelle Identität zu verstehen. Beispielhaft kann hier ein Auszug aus dem AfD-Wahlprogramm für Niedersachsen stehen:

> *Unsere Identität ist in Gefahr. Der Anteil von Menschen ausländischer Herkunft an der Gesamtbevölkerung ist in Deutschland in den vergangenen 50 Jahren um etwa das sechzehnfache gestiegen. […] Schon jetzt leben in Deutschland mehr als 18 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund. […] Eine Verdrängung der einheimischen deutschen Bevölkerung durch Migranten bis zum Ende des Jahrhunderts steht somit bevor* (AfD Niedersachsen 2017, 47).

Doch auch geschlechtliche Identität erscheint als bedroht, wie etwa im AfD-Wahlprogramm für Baden-Württemberg deutlich wird: »Der grün-rote Kampf gegen die angeblich allgegenwärtige Diskriminierung, der unter der Fahne des ›Gender Mainstreaming‹ geführt wird, hat die Zerstörung der traditionellen Familie und die Auflösung der geschlechtlichen Identität von Mann und Frau zu seinem eigentlichen Ziel« (AfD Baden-Württemberg 2016, 6). Die Folge sei, dass Deutsche ohne Migrationshintergrund immer weniger Kinder bekämen (etwa weil Frauen dazu gedrängt würden Karriere zu machen und die Familienplanung zu vernachlässigen), und so wird der demografische Wandel zum diskursiven Knotenpunkt beider Bedrohungsszenarien (vgl. Mayer et al. 2016, 98): Während Migrant*innen gewissermaßen ›von unten‹ die Identität ›des Volkes‹ bedrohen, wird /G/ender – etwa in Form von EU-Richtlinien – als Bedrohung ›von oben‹ imaginiert.

Im Sinne einer intersektionalen Analyse des Rechtspopulismus ist nun interessant, welche Rolle(n) Homosexualität in diesen Diskursen spielt oder potenziell spielen kann. Wie im Interviewauszug oben deutlich wurde, können Homosexuelle (wie auch binär verortete Trans*Personen) durchaus als respektable RepräsentantInnen einer starren Zweigeschlecht-

lichkeit durchgehen und damit gut zur identitätsfixierten Rechten passen. Die Aneignung eines homofreundlichen Diskurses durch nationalkonservative Akteur*innen ist deswegen nicht per se widersprüchlich. Die Trennlinie zwischen ›gesund‹ und ›geisteskrank‹, zwischen ›normal‹ und ›pervers‹ verläuft in diesen Diskursen eben nicht zwischen Hetero und Homo, sondern zwischen identitätsaffirmierenden und identitätskritischen Lebensentwürfen und Praktiken. Je mehr Homosexualität in nationalkonservative Narrative integriert wird, desto offener wird ein neues Feindbild geschaffen, das unter dem *umbrella term* /G/ender auch Queerness, nicht-binäre Trans*Geschlechtlichkeit, Tunten, Regenbogenfamilien und Intersexualität einschließt. Gerade deswegen sind emanzipatorische Bewegungen gut beraten, diese Trennung in ›konservative‹ Homosexualität und ›progressive‹ Queerness nicht zu reproduzieren, sondern ein vielfältiges Spektrum an Lebensentwürfen zuzulassen, egal ob zweigeschlechtlich oder dekonstruktivistisch.

Nationalkonservatismus und Rechtspopulismus sind sowohl von anti-/g/enderistischen als auch von homonationalistischen Diskursen geprägt. Als getrennte Analysekategorien können Anti-/G/enderismus und Homonationalismus jedoch nur als widersprüchlich zueinander interpretiert werden. Es bleibt deswegen genau zu untersuchen, auf welche Art und Weise sie ineinandergreifen oder ob es neuer analytischer Instrumente bedarf.

Literatur

AfD Baden-Württemberg (2016): Für unser Land – für unsere Werte. Landtagswahlprogramm 2016 der AfD Baden-Württemberg. Stuttgart.

AfD Niedersachsen (2017): Landeswahlprogramm. Der Heimat eine Zukunft geben! Lüneburg.

Farris, Sara R. (2017): In the Name of Women's Rights. The Rise of Femonationalism. Durham.

Goetz, Judith / Sedlacek, Joseph Maria / Winkler, Alexander (Hrsg.) (2017): Untergangster des Abendlandes. Ideologie und Rezeption der rechtsextremen ›Identitären‹. Hamburg.

Grzebalska, Weronika / Kováts, Eszter / Pető, Andrea (2017): Gender as Symbolic Glue: How ›Gender‹ Became an Umbrella Term for the Rejection of the (Neo)Liberal Order. In: Political Critique. http://politicalcritique.org/long-read/2017/gender-as-symbolic-glue-how-gender-became-an-umbrella-term-for-the-rejection-of-the-neoliberal-order (06.04.2018).

Haritaworn, Jin / Kuntsman, Adi / Posocco, Silvia (2014): Introduction. In: Dies. (Hrsg.): Queer Necropolitics. Abingdon / New York, 1–27.

Hark, Sabine / Villa, Paula-Irene (2015): »Eine Frage an und für unsere Zeit«. Verstörende Gender Studies und symptomatische Missverständnisse. In: Dies. (Hrsg.): Anti-Genderismus. Sexualität und Geschlecht als Schauplätze aktueller politischer Auseinandersetzungen. Bielefeld, 15–39.

Höcke, Björn (2014): Björn Höcke spricht auf der Weihnachtsfeier 2014 der JA in Stuttgart. https://www.youtube.com/watch?v=YhYCrQR-xBI (06.04.2018).

Kleiner, Bettina / Scheunemann, Kim (2016): Trans* / Trans*Geschlechtlichkeit. In: Gender Glossar. https://gender-glossar.de/glossar/item/54-trans-geschlechtlichkeit (12.07.2018).

Landtag Nordrhein-Westfalen (2017): Plenarprotokoll 17/10 vom 12.10.2017. https://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMP17-10.pdf (28.03.2018).

Mayer, Stefanie / Šori, Iztok / Sauer, Birgit (2016): Gendering ›the people‹: heteronormativity and ›ethno-masochism‹ in populist imaginery. In: Ranieri, Maria (Hrsg.): Populism, Media and Education: Challenging Discrimination in Contemporary Digital Societies. London / New York, 84-104.

Mepschen, Paul / Duyvendak, Jan Willem / Tonkens, Evelien H. (2010): Sexual Politics, Orientalism and Multicultural Citizenship in the Netherlands. In: Sociology 44 (5), 962–979.

Nagel, Joane (2003): Race, Ethnicity, and Sexuality: Intimate Intersections, Forbidden Frontiers. New York.

Puar, Jasbir (2007): Terrorist Assemblages. Homonationalism in Queer Times. Durham / London.

Puar, Jasbir (2013): Rethinking Homonationalism. In: International Journal of Middle East Studies 45, 336–339.

Scheele, Sebastian (2016): Von Antifeminismus zu ›Anti-Genderismus‹? Eine diskursive Verschiebung und ihre Hintergründe. Keynote auf der Tagung »Gegner*innenaufklärung – Informationen und Analysen zu Anti-Feminismus«, Gunda-Werner-Institut in der Heinrich-Böll-Stiftung am 31.05.2016, Berlin. www.gwi-boell.de/sites/default/files/uploads/2016/08/ (04.07.2018).